

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Verleger: Carl Neumann, Neudammstr. 10
Erlaubnis-Nr. 150/11
Erscheinung u. Preis: 10 Pf. pro Stück
Dresden-N. 1, Neudammstr. 10/11

Druck- und Verlags-Vertrag: Die Dresdner Nachrichten sind eine Zeitung im Sinne des § 1 des Reichsdruckgesetzes vom 18. Okt. 1909. Die Dresdner Nachrichten sind eine Zeitung im Sinne des § 1 des Reichsdruckgesetzes vom 18. Okt. 1909. Die Dresdner Nachrichten sind eine Zeitung im Sinne des § 1 des Reichsdruckgesetzes vom 18. Okt. 1909.

Druck u. Verlag: Leipzig & Weidmann, Dresden, Bolander-Platz 10/11
Redaktion: am Neudammstr. 10/11
Erscheinung: 10 Pf. pro Stück
Erscheinung: 10 Pf. pro Stück

Große Mehrheit für Stresemann

Das Misstrauensvotum abgelehnt

219 gegen 98

(Von unserer Berliner Korrespondenz)

Berlin, 20. Nov. Das Misstrauensvotum gegen Dr. Stresemann wurde mit 219 gegen 98 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Dafür haben nur die Nationalsozialisten, die Christlich-Nationale Bauernpartei, die Kommunisten und ein Teil der Deutschnationalen gestimmt.

Die außenpolitische Aussprache, heute matter geführt als am ersten Diskussionsstag, und bisweilen sogar vor einem vor Vereine gähnenden Saale, hat zu diesem Ergebnis geführt. Man sollte, will man einen Diskussionsstag einigermaßen interessant und packend gestalten, nicht in die besten Stunden, nämlich am Anfang, einen Kommunisten loslassen. Was da Herr Münzenberg mit fanatischer Verbämtheit geschrieen, in das wilde schwarze Haarsträhnen hingen, eine Stunde lang dem Hause gleich zu Anfang erzählte, war so abgestanden und so

bar jeder Weisheit.

Das es kaum der pflichtgemäß der Sitzung Zuhörende ertrag. Erträglich wurde es erst, als der distinguierte frühere Staatssekretär Stresemanns, Herr v. Rheinbaben von der Deutschen Volkspartei, das Wort ergriff. Etwas Neues konnte freilich gerade von dieser Seite nicht vorgetragen werden, zu der der Reichsaußenminister als Parteiführer und Fraktionskollege gehört. So blieb Herrn von Rheinbaben im wesentlichen nichts anderes als die Abwehr wirklicher und vermeintlicher Oppositionsreden. Zunächst setzte er sich mit Graf Westarp auseinander und antwortete sodann in recht humorvoller Weise auf die Zweideutigkeiten, die der Zentrumsabgeordnete Kaas gestern vorgetragen hatte. Das Haus fiel nach dieser von Niveau zeugenden Rede wieder in seine lethargische Zurück, als sich Dr. Breitscheid daran machte, gegen etwas abgehandelte Zeitungsartikel dieser und jener Richtung zu polemisieren. Der ehemalige Vorkämpfer Breitscheid gilt nicht nur als der bestgeleitete Mann, sondern auch als der gebildetste Redner seiner Partei. Am Sonnabend war ihm die wenig angenehme Aufgabe zuteil-

geworden, seinen Kollegen Weis herauszureißen. Heute brach er eine Lanze für all das, was es an

Einseitigkeiten in der Außenpolitik

gibt. Die Augen im Saale, insbesondere jene, die an der letzten Völkerversammlung teilgenommen hatten, zwinkerten sich in diesem Sinne, als Breitscheid die deutschnationalen Angriffe zurückzuweisen versuchte, die ihn als unverantwortlichen Außenminister im Umkreis der Völkerversammlung brandmarkten. Nein, das waren gewiss mehr als nur „private Unterhaltungen“, die da geführt wurden. Tatsache ist, daß eben Herr Breitscheid und mit ihm Georg Bernward von der „Völkischen Zeitung“ alles daran setzten, um dem Reichskanzler Müller, dem das Intrigenspiel auf der letzten Tagung schließlich zu viel wurde, das kaum gestraffte Rückgrat wieder zu brechen.

Mit dem Abg. Emminger beginnt dann die Rednerreihe der kleinen Parteien. Graf Reventlow sprach für die Nationalsozialisten, Herr v. Sybel für die Christlich-nationalen Bauern, deren Parteiführer Hepp, früherer Volksparteiler, das Misstrauensvotum gegen Stresemann mitverantwortlich geladene und sich dafür einen scharfen Angriff Rheinbabens zuzieht. Nach dem Volksrechtsparteiler West noch einmal so etwas wie

eine Antwortkurve.

Den undurchsichtigen Erklärungen des Prälaten Kaas fügt auch der Zentrumsabgeordnete Schreiber noch einige Einseitigkeiten hinzu. Schreiber spielt bekanntlich in der Melodie der Gegenpole Stresemanns keine ganz unerhebliche Rolle, und auch jetzt wiederholt er, wenn auch mit etwas gemäßigteren Ausdrücken seine letzte Rede, in der er personalpolitische Konzeptionen für bewährte Zentrumsmethoden im auswärtigen Amt fordert. Fatal freilich, daß Schreiber für seine konfessionellen Ansprüche immer wieder als Deckungsschild das Grenz- und Auslandsdeutschtum benutzte. Es ist richtig, daß er auf diesem Gebiet manches geleistet hat, und es ist nicht minder richtig, daß die kultur- und realpolitische Problematik des Auslandsdeutschtums in dem mehr staatsrechtlich im alten Sinne denkenden heutigen Auswärtigen Amt noch nicht genügend anerkannt wird. Würden derartige Bemühungen nicht gerade von eindeutig konfessionell bestimmter Seite vorgetragen, fürwahr, sie wären der Sache dienlicher. . . (Reichstagsbericht siehe Seite 2.)

Fünf Tage Reichstag

Es ist wohl der Mühe wert, daß man sie unter die kritische Lupe nimmt. Zwei Tage Vanzerkreuzer, ein Tag Sozialpolitik, zwei Tage Außenpolitik. Erst frisch-fröhliche Folgerei der Opposition mit der Regierung und der Regierungsparteien untereinander, dann verbissener Ringkampf um ein Kompromiß in der Frage der Unterstützung für die Ausgesperrten, und schließlich Einmütigkeit von rechts bis links in der Entlassung über die Mißerfolge der Außenpolitik. Das Wesentliche darüber ist in der Berichterstattung gesagt worden, aber einiges Grundfällige bleibt noch herauszustellen, um es der verzehrenden Vergessenheit zu entreißen, die sich nur allzu schnell über unser politisches Erleben breitet.

Zuerst ein erfreuliches Ergebnis: der Vanzerkreuzer schwimmt. Das denkwürdigste Schiff der deutschen Marine hat den parlamentarischen Stapellauf glücklich überstanden, und es ist zu hoffen, daß damit die Zukunft der neuen deutschen Kriegsstotte endgültig gesichert ist, daß diejenigen, die am Freitag A gesagt haben, nun auch B, C und D sagen werden. Wenn die zunächst sehr fragliche Mehrheit für diese Entscheidung zu der für deutsche Verhältnisse immerhin imposanten Ziffer 50 anwuchs, so gebührt der Dank dafür in erster Linie der Sozialdemokratie, die als ewiger Geist der Verneinung in Wehrfragen stets das Böse will und manchmal das Gute schafft. Sie hatte sich in ihren Agitationsmethoden etwas übernommen. Unter den postmodernsten Ausfällen ihres Debatteredners Weis schmolz in mancher Zentrums- und Demokratenbrust das Eis der Vanzerkreuzer. 20 Saatkörner wurden zu Paulissen. Dabei freilich die Nachhilfe des Wehrministers zu solcher Wandlung nicht vergessen werden soll. Er hat mit seiner menschhaften Haltung gezeigt, daß eine wirkliche Führernatur auch die dem Reichstag noch imponieren kann. Im richtigen Augenblick hat er den schwankenden Parlamentarier eindeutig die Konsequenzen klargestellt, die ihre Ablehnung des Vanzerkreuzers haben müßte, und die Wirkung blieb nicht aus. Wenn es seinerzeit bei dem Seeheil der Engländer über die spanische Armada hieß: Deus astringit et dissipat sunt — Gott blies sie an und sie zerstreuten sich —, so kann es von dem deutschen Seeheil vom 16. November 1928 im Reichstag heißen: Ordnung blies sie an und sie fielen um. Alle, Demokraten, linke Zentrumsmethoden und bayrische Bauernbündler. Und die Heber von der Sozialdemokratie haben ihre Niederlage weg. Sie haben keinerlei Folgerungen gezogen; im Gegenteil, sie sind heilsfroh, daß vier heftig schwankende Ministerfüße allmählich wieder in die Ruhelage zurückkehren. Reichsausschuß und Vorstand der Partei haben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die saubere Aufführung des Kaiserlichtheaters „Volkstrotz und Marinefest“ die Zensur „sehr gut“ erteilt. „Etwas Unehrliches habe ich in diesem Hause noch nicht gehört“, hat Graf Westarp zu der Vorstellung gesagt. Der Reichskanzler, von dem der Volkstrotz wirklich zu unrecht sagt, daß Vanzern sei des Müllers Lust, schlug während mit der Faust auf den Tisch — aber das Urteil ist nicht tausend Veltartikel werden diesen Schandfleck aus der Geschichte der Sozialdemokratie wegwaschen.

Wenn trotzdem die Debatte über das Niveau der heuchlerischen Glendtheorie des Herrn Weis heraufgehoben wurde, so ist es das Verdienst derjenigen Redner von rechts und links, die den Mut hatten, den Eier bei den Ödnern zu packen und die Aussprache unter den Gesichtswinkel der „Risse des Parlamentarismus“ zu stellen. Treutranus von den Deutschnationalen, der Vanzerkreuzer Lemmer und nicht zuletzt der Abgeordnete Wirth vom Zentrum haben es mit Geschick getan. Risse des Parlamentarismus! Da horcht man auf. Bisher klang es nur aus der Kritik der Rechten, jetzt aber haben Zentrum und Demokraten mit eingestimmt. Sie haben die parlamentarische Unmöglichkeit der Vorgänge um den Vanzerkreuzer bestätigt. Der Sachverhalt ist klar. Wir haben eine Verfassung, und in ihr einen Artikel 58, der bestimmt, daß der Reichskanzler für sämtliche Minister die Richtlinien der Politik bestimmt und dafür dem Reichstag gegenüber die Verantwortung trägt. Am 16. November haben wir es aber erlebt, daß der Reichskanzler und mit ihm drei sozialdemokratische Minister gegen die „Regierung“ gestimmt haben. Und die übrigen Minister, insbesondere der in Frage stehende Ressortminister, der nach Artikel 58 Satz 2 an die Richtlinien des Reichskanzlers gebunden ist, sind für die „Regierung“ gegen den Reichskanzler eingetreten. Das ist verfassungsrechtlicher Unsinn. Die Sozialdemokratie hat, indem sie ihre Minister dazu zwang, die Verfassung verletzt und den Sinn des Parlamentarismus — ihres Herrschaftssystems — vergewaltigt. Leider läßt sich die gerichtliche Feststellung nicht durchführen, da nach dem einschlägigen Artikel 59 der Reichsverfassung (Ministeranklage) formal gegen den Reichswehrminister und seine für die Regierung eintretenden Kollegen geklagt werden müßte, mit der Begründung, daß sie sich bewußt gegen die Richtlinien des verantwortlichen Kanzlers verstanden haben. Man ersieht auch daraus die Unmöglichkeit des ganzen Verfahrens. Die Stützen der Demokratie haben sie ihrerseits klar erkannt.

Französische Warnungen an Stresemann

„Die Entente trotz allen Intrigen“

Paris, 20. Nov. Die Reichstagsrede Dr. Stresemanns, über deren internationale Tragweite sich die französischen Blätter einig sind, wird von dem größten Teil der Abendpresse scharf kritisiert. Als Misstrauensgrund führt man jedoch an, daß der deutsche Außenminister seine Rede in der Hauptsache für seine Landsleute gehalten habe.

Sollte er, so meint der „Temps“, dieselbe Sprache bei den Unterhaltungen mit den an der Lösung der Friedensfragen interessierten Regierungen führen, so könnte man über die Ergebnisse der kommenden Verhandlungen sehr pessimistisch sein.

Stresemann werde dann wohl eine größere Schmiegsamkeit an den Tag legen und sich bemühen, Formeln zu finden, die eine Veröhnung der deutschen Eigenliebe und gewisser Rechte der Alliierten zulassen. Es sei natürlich, daß die Deutschen die Befreiung ihres Gebietes verlangten. Jedes andere Volk, das sich in ähnlicher Lage befände, würde zweifellos dieselbe Haltung einnehmen. Eine andere Sache sei es, zu wissen, in welchem Maße das deutsche Verlangen mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung gebracht werden könne, zumal die Verpflichtungen des Reiches noch nicht einmal endgültig schwebend seien. Stresemann spezifiziere in seiner Rede offen auf einen Gegensatz zwischen der französischen und der britischen Anschauung über die Rheinlandräumung.

Die französisch-britische Entente werde aber allen Intrigen und zweideutigen Manövern trotzen.

Eine weit schärfere Tonart schlägt das „Journal des Debats“ an, das von Irland verlangt, die Rede Stresemanns in der französischen Kammer zu widerlegen. Der deutsche Außenminister verhalte sich künftig wie ein Parteigänger der französischen deutschen Vorberatern. Jeder Frankreich noch die übrigen interessierten Mächte könnten zulassen, daß äußerst wichtige Verhandlungen unter dem Eindruck einleitet würden, daß Frankreich und die Alliierten juristisch im Unrecht seien und daß das Deutsche Reich nur aus Gefälligkeit verhandeln wolle.

Der „Antransaean“, der ebenfalls die Möglichkeit unterstellt, daß Stresemann seine Rede in der Hauptsache von dem Gesichtspunkte aus gehalten habe, die Schwere der Stellung seines Ministeriums nicht weiter zu gefährden, weist den

deutschen Anspruch, die Rheinlandräumung auf Grund des Artikels 411 des Versailler Vertrages zu verlangen, zurück, da Deutschland die Hauptforderungen, Abrüstung (!) und Reparation, nicht erfüllt habe.

Die „Liberté“ sagt, die Rede lasse an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Die kommenden Verhandlungen eröffneten für Frankreich keine günstigen Aussichten. Der Eintrag bei der Partei sei nicht mehr und nicht weniger, als zu wissen, ob Frankreich der endgültige Verlierer in diesem Kampfe um das Geld sei.

„La Presse“ meint, Stresemann sei ein Bismarckianer der besten Schule.

Paris verzögert die Entscheidung

Paris, 20. Nov. In Pariser politischen Kreisen ist es allgemein aufgefallen, daß sich der französische Ministerrat, der am heutigen Dienstagvormittag stattfand, so wenig mit der außenpolitischen Lage beschäftigt hat. Wie hieran verlaute, ist man der Ansicht, daß vor allem die Rede Stresemanns, die nach französischer Auffassung in mehreren Punkten der französischen These und dem Versailler Vertrag entgegensteht, eine besonders eingehende Aussprache erfordere. Außerdem werde Poincaré mit den Botschaftern der alliierten Länder und mit Parker Gilbert neue Unterhaltungen haben müssen, bevor endgültige Entscheidungen über die bevorstehenden Verhandlungen zur Revision des Dawesplanes fallen könnten.

Günstige Beurteilung in Rom

Rom, 20. Nov. Die Stresemannrede wird von allen Blättern an erster Stelle im Vortakt wiedergegeben und findet eine günstige Beurteilung. Der Chefredakteur der „Tribuna“ steht in der Rede Stresemanns das Endglied der Kette der Stellungnahmen der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten zu dem englisch-französischen Hottenabkommen und sieht eine Bilanz für die Politik Englands. Auf die Rede Stresemanns selbst geht die „Tribuna“ nur indirekt ein und hebt dabei hervor, daß Deutschland jetzt ohne Gegenleistung kategorisch die Räumung des Rheinlandes, die Abrüstung und die Festlegung der Endsumme der Reparationsleistungen verlangen könne. Das „Lavoro d'Italia“ nennt Stresemann den besten Schüler der Bismarck'schen diplomatischen Tradition.